

rk/Elbe

rsitzende Rita Platte

Grieben, Griebener Breite Str. 32

info@grieben-elbe.de

ratratsvorsitzender
Werner Jacob

Grieben 5.10.21

**Anträge zum vorliegenden Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept
2022/2023**

Sehr geehrter Herr Jacob,

die Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Die geplante Steuerhöhung wird derzeit abgelehnt.

Begründung:

Die Steuerhöhung geht zu Lasten der Bürger, die immer mehr bezahlen sollen für immer weniger Leistung der Gemeinde (Verwaltung). Das ist speziell für die Dörfer, wo ja die Hebesätze nach der Einheitsgemeindefbildung massiv erhöht wurden, nicht mehr zu tolerieren.

2. Für den JC Grieben ist im HH kein Personal für die kommenden Jahre eingeplant. Das ist zu ändern.

Begründung:

Ohne Aufsicht kann ein Jugendclub nicht betrieben werden.

3. Unsere Fraktion hat den Antrag gestellt, ein **IGEK** für die Gemeinde aufzustellen. Das ist in keinem Fall eingeplant. Ein IG EK ist für eine Gemeinde, noch dazu eine Gemeinde diesen Zuschnitts, damit eine geordnete Entwicklung aller Ortschaften möglich ist. Das hat auch der Stadtrat erkannt und den Beschluss dazu gefasst, also ist das in einen HH aufzunehmen.

4. Für die Instandsetzung der Wohnungen sind 9,00 € je qum **verwalteten** Wohnraum aufzunehmen und zu gewähren.

Begründung:

Die verwalteten Wohnungen sind die Wohnungen der Dörfer. Dafür hat die Verwaltung nur 7,00€ je qum vermieteten Wohnraum eingestellt. Über Jahre hat sich die Verwaltung an den Mieteinnahmen bedient, aber nicht so, dass bei Bedarf Geld von dort freigegeben wurde. Unsere Wohnungen, speziell hier in Grieben, sind in einem sehr schlechten Zustand, es ist mehr als 10 Jahre nichts gemacht worden. Aktuell reicht das Geld nicht mal für notwendige Maßnahmen in vermieteten Wohnungen.

Hinzu kommt, dass aus den Überschüssen der Mieteinnahmen hier auch noch Geld an den SV Germania bezahlt wird zur Abdeckung der Energiekosten. Das ist nicht mehr hinzunehmen. Die EGem muss ihre Verantwortung für diese Wohnungen endlich wahrnehmen.

Insgesamt ist zu sagen, dass die Verwaltung festgelegt hat, dass es einen Doppelhaushalt geben soll, ebenso wie alle anderen Festlegungen im Haushalt, ohne dass es wirklich eine ausreichende und wiederholte Diskussion mit dem Stadtrat zur Erzielung eines Kompromisses gab. Das mag aufwendig sein, ist aber unverzichtbar.

Mit freundlichem Gruß

Rita Platte